

Pflichtfach für Gemeinden

Sozialgesetzgebung Budget- und Schuldenberatung soll rechtlich verankert werden

VON URS MOSER

Das Thema tauchte in letzter Zeit wiederholt auf, etwa im Zusammenhang mit den hohen Kosten des Kantons zur Deckung von Verlustscheiden für nicht bezahlte Krankenkassenprämien: Wünschenswert wäre ein stärkeres öffentliches Engagement für die Budget- und Schuldenberatung, denn sie verspricht mehr Erfolg als eben zum Beispiel schwarze Listen für säumige Prämienzahler.

Die Grünen wollten Nägel mit Köpfen machen und reichten vergangenen Mai einen Auftrag ein: «Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzliche Grundlage für eine Förderung und kantonsweite Sicherstellung der Budget- und Schuldenberatung zu schaffen.» Der Regierungsrat hatte ein offenes Ohr für die Forderung, am Mittwoch stand der Vorstoss im Kantonsrat zur Debatte. Und siehe da: Widerstand gab es (fast) nur von der SVP, der Auftrag wurde mit 75:19 Stimmen erheblich erklärt. Eine erdrückende Mehrheit des Parlaments sieht es anders als SVP-Sprecher Tobias Fischer (Hägendorf), für den es

«Es braucht mehr Wasser, drehen wir endlich den Hahn auf.»

Urs Huber SP Oberbösgen

keinen Handlungsbedarf gibt, da es schliesslich zu den Aufgaben des Bildungssystems gehöre, die Menschen zu einem vernünftigen Umgang mit Geld zu befähigen.

Von positiven Erfahrungen aus der Sozialregion Oberer Leberberg, wo eine Leitungsvereinbarung mit dem Verein Schuldenberatung Aargau-Solothurn besteht, berichtete dagegen Barbara Leibundgut (FDP, Bettlach). Es werde wertvolle präventive Arbeit geleistet und durch eine fachkundige Beratung gelinge es manchen verschuldeten Personen, eine ausweglos scheinende Situation zu bewältigen. «Froh, dass der Thematik mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird», zeigte sich Thomas Studer (Selzach) namens der CVP/GLP/EVP-Fraktion. Urs Huber (SP, Oberbösgen) schliesslich zeigte sich überzeugt, dass ein verstärktes Engagement nicht nur Betroffenen hilft, sondern sich für die öffentliche Hand auch finanziell auszahlt - in Form tieferer Soziallasten, Gesundheitskosten oder weniger Verlustscheiden für Prämienausstände. «Es braucht mehr Wasser, drehen wir endlich den Hanh

auf», meinte Huber. Mit der Mahnung war eine leise Befürchtung angesprochen, bis zum Vorliegen einer verbindlichen gesetzlichen Verankerung der Schuldenberatung als öffentliche Aufgabe könnte es trotz im Parlament demonstrierter Einigkeit noch länger dauern.

Bei der Budget- und Schuldenberatung geht es nämlich nicht um ein Leistungsfeld, das in der Verantwortung des Kantons liegt. Sie wird den präventiven Massnahmen zur Sozialhilfe zugeordnet, die in die Zuständigkeit der Gemeinden fällt. Der Regierungsrat hatte sich in seiner Stellungnahme wohl klar dafür ausgesprochen, die rechtliche Lücke einer Regelung der Schuldenberatung zu schliessen. Er hatte aber auch ebenso klar dargelegt, dass er die entsprechenden Bestimmungen in einem «partizipativen Prozess mit dem Verband der Einwohnergemeinden» ausarbeiten wird. Und auf dieser Seite wacht man bekanntermassen mit Argusaugen darüber, vom Kanton keine Verpflichtungen mit finanziellen Konsequenzen im eigenen Aufgabenbereich aufbrummt zu bekommen.

Ausbildungszentrum

Es gibt kein Geld für die Gärtner

Der Kanton kommt den Solothurner Gärtnern definitiv nicht entgegen. Ihr Verband Jardin Suisse arbeitet eng mit dem Berner Verband zusammen, in dessen neuem Kurszentrum im Oeschberg auch die Solothurner Gärtner die überbetrieblichen Kurse absolvieren. Einen Auftrag von Marianne Meister (FDP, Messen), der doch noch Solothurner Staatsbeiträge an das Berner Ausbildungszentrum ermöglicht hätte, hat der Kantonsrat mit 79:15 Stimmen deutlich abgelehnt. Mit dem Massnahmenplan 2013 war beschlossen worden, keine kantonalen Zuschläge mehr auf die neu geregelte Bundessubventionierung der überbetrieblichen Kurse der Berufsverbände auszurichten. Investitionsbeiträge leistet der Kanton nur noch an Ausbildungszentren mit Standort im Kanton. Dies entspricht der Praxis der meisten Kantone, die zum Teil nicht einmal Investitionsbeiträge im eigenen Kanton ausrichten. Da die Forderung der Gewerbeverband-Präsidentin klar im Widerspruch zur interkantonalen Harmonisierung stehe, sei sie klar abzulehnen, war man sich im Kantonsrat weitgehend einig. (MOU)

Lehrmittel

Politische Neutralität wird überprüft

Ausgelöst durch die Kritik am Lehrmittel für Geschichte und Politik «Gesellschaften im Wandel» aus dem Zürcher Lehrmittelverlag, das eine einzige Lobeshymne auf die Gewerkschaftsbewegung sein soll, entbrannte vergangener Sommer eine breite Diskussion über die politische Neutralität im Schulunterricht. Sie hat auch den Kanton Solothurn erreicht, wo die FDP-Fraktion des Kantonsrats den Regierungsrat aufforderte darzulegen, ob und wie in den «leitenden» Lehrmitteln der Volksschule die Grundsätze von Glaubens- und Gewissensfreiheit berücksichtigt werden und die politische Neutralität gewährleistet ist. Der Kantonsrat hat den entsprechenden Auftrag am Mittwoch mit 76:16 Stimmen erheblich erklärt. Dies im Einklang mit dem Regierungsrat. Dieser hatte zwar darauf verwiesen, dass die kantonale Lehrmittelkommission sehr wohl die empfohlenen Lehrmittel anhand eines Instruments namens «Levanto» auch bezüglich Kriterien zur Ausgewogenheit überprüft. Es könne aber nicht schaden, zu überprüfen, ob die angewandten Kriterien den Ansprüchen genügen. Damit konnte sich sogar ein grosser Teil der SP einverstanden erklären. Felix Wettstein (Grüne, Olten) hingegen plädierte für Ablehnung des Vorstosses, weil er «unnötig und schlicht gar nicht erfüllbar» sei. Ausgewogenheit liege immer in der Summe der Handhabung der Lehrmittel, die Verantwortung dafür liege in der Hand der Lehrpersonen, und das müsse auch so bleiben. (MOU)



Schutz Die Kantonspolizei erhält einen neuen Oberkörperschlag- schutz für den Ordnungsdienst. Der Kantonsrat hat gestern den dazu nötigen Kredit über 420 000 Franken beschlossen. «Heute können wir etwas für die Sicherheit der Polizisten tun, die sonst für unsere Sicherheit schauen», sagte zu Beginn der Debatte Kantonsratspräsidentin Verena Meyer (FDP, Buchegg). Die Vorlage war im Rat unbestritten.

Sämtliche Fraktionen würdigten den Einsatz der Polizei. Die heutige Ausrüstung stammt aus dem Jahr 2007. «Sie kann die körperliche Unversehrtheit der Korpsangehörigen nicht mehr gewährleisten», hielt Urs Huber (SP, Oberbösgen) als Sprecher der Justizkommission fest. Beschafft werden 230 Exemplare. Eingesetzt wird die Ausrüstung oft an Sportveranstaltungen, etwa bei Spielen des EHC Olten. (LFH) /FOTO: ZVG

Keine Mittel für Hochbegabte

Bildung Der Kantonsrat will keine neuen Angebote für hochbegabte Kinder schaffen - trotz Kritik, die Schule vernachlässige diese.

Hochbegabte Kinder können auch schlechte Schüler werden, etwa wenn ihre Begabung nicht erkannt wird oder wenn sie sich langweilen. Einer, der seit längerer Zeit für zusätzliche Fördermittel kämpft, ist der Deitingen FDP-Kantonsrat Christian Scheuermeyer. Gestern nun kam im Kantonsrat sein Vorstoss zur Abstimmung, der einen ganzen Strauss an Massnahmen verlangte: Von Schulungen der Lehrkräfte bis hin zur Forderung, dass in den Schulen von

den 28 Poolstunden der Speziellen Förderung mindestens drei für die Begabtenförderung eingesetzt werden. Heute, so Scheuermeyer, hänge es zu sehr von den Gemeinden oder den Lehrern ab, ob begabte Kinder gefördert würden. Es sei manchmal schlicht «Glückssache».

Doch das Geschäft hatte keine Chance. Nur 19 Kantonsräte sprachen sich dafür aus. 79 bevorzugten einen Vorschlag der Regierung, der vorwiegend auf zusätzliche Sensibilisierung setzt. Es gebe heute bereits Angebote in Gemeinden und Kinder würden möglichst individuell gefördert, hiess es etwa. «Dass alle Kinder über einen Leist geschlagen werden und über- oder unterfordert werden, ist immer weniger Thema in der modernen Schule», sagte der designierte Präsident des kantonalen Leh-

rerverbandes, Mathias Stricker (SP, Bettlach). Und mit drei Stunden Förderung nach dem «Giesskannenprinzip» könne man unterschiedlichen Bedürfnissen nicht gerecht werden. Wenn man etwas tun wolle, dann solle man die Klassen-grössen verkleinern, so Stricker, der insbesondere keine Schwächung der Speziellen Förderung riskieren wollte. Als wirksam sähe er auch kantonale Sonderprogramme an.

Vor teurem «Aktivismus» warnte SVP-Mann Beat Künzli (Laupersdorf). «Man darf vom Klassenlehrer erwarten, dass er begabte Kinder erkennt und fördern kann.» Anders sah es Barbara Wyss-Flück (Grüne, Solothurn). Der nun beschlossene Vorschlag des Regierungsrates sei ein «zahnloser Tiger». «Es ändert sich nichts», kritisierte sie. (LFH)

Gestresste Jugendliche

Starke Verteidigung für Volksschule

Im Rahmen der internationalen HBSC-Studie (Health Behaviour in School-aged Children) findet in der Schweiz alle vier Jahre eine Befragung zur Gesundheit und zum Gesundheitsverhalten von Schülern statt. Alarmiert vom Ergebnis, dass sich 20 bis 30 Prozent der Jugendlichen durch die Arbeit für die Schule gestresst fühlen, thematisierte EVP-Kantonsrat André Wyss (Rohr) den Schulstress in einer Interpellation. Dabei liess er klar erkennen, dass seine Präferenz, um dem Problem zu begegnen, bei Alternativangeboten für Schüler liegt, für die der «normale» Schulalltag eine Belastung ist: freie Wahl der öffentlichen Schule, finanzielle Unterstützung von Privatschulen, weniger restriktive Bewilligungspraxis für Homeschooling. Dementsprechend

drehte sich die Debatte im Kantonsrat am Mittwoch weniger um den Befund der HBSC-Studie, sondern wurde vor allem zu Plädoyers für die öffentliche Schule genutzt. Wenn Jugendliche unter Stress leiden, greife es zu kurz, das Problem bei der Volksschule zu orten, meinte Tamara Mühlemann (CVP, Zuchwil). Eine kantonale Förderung oder gar finanzielle Beteiligung an privaten Alternativen zur öffentlichen Schule lehne man dezidiert ab. «Keinen zusätzlichen Handlungsbedarf im Bereich der Volksschule» sah auch Hubert Bläsi (FDP, Grenchen). Und Mathias Stricker (SP, Bettlach) warnte als designierter Präsident des Lehrerverbands davor, dass die freie Schulfwahl die integrative Aufgabe von Dorf- und Quartierschulen untergraben würde. (MOU)